

Antrag C 1 – BeKo 2004

Neue kommunalpolitische Agenda

Die Bezirkskonferenz möge beschliessen:

Präambel:

Wir wollen der kommunalen Ebene eine eigenständige Politik ermöglichen. Wir wollen die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Kommunen deutlich erweitern und ehrenamtliche politische Tätigkeit aufwerten. Es müssen klare Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen geschaffen werden, denn nur so sind Mitbestimmung und Kontrolle möglich. Wir wollen solidarische Gemeinwesen schaffen, die handlungsfähig und ihren Aufgaben gewachsen sind. Wir wollen Gemeinwesen, die ihren politischen Willen umsetzen und politischen Druck ausüben können statt von Entscheidungen anderer Ebenen abhängig zu sein. Wir wollen eine selbstbewusste Kommunalpolitik, die gleichberechtigt neben Bundes- und Landespolitik steht.

Förderung der regionalen Identität

5. Wir wollen regionale Identität statt Konkurrenz; wir wollen Verantwortung gemeinsam wahrnehmen statt Probleme auf andere abzuschieben. Wir wollen eine Gemeindefinanzreform, durch die Gemeinden und Landkreise über langfristig gesicherte Einnahmen verfügen und sich nicht durch unterschiedliche Steuersätze Konkurrenz machen. Ein regionaler Finanzausgleich muss sicher stellen, dass von Gewerbeansiedlungen sowohl die Region insgesamt als auch die betroffenen Gemeinden profitieren.

Gemeinsame Ansiedlungspolitik der Gemeinden

6. Wir wollen Arbeit und Wohnen zusammen bringen, um die Zahl der Pendler gering zu halten. Anstelle von Konkurrenz um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zwischen den Gemeinden muss eine gemeinsame Ansiedlungspolitik für die Regionen treten.

Hessisches Wohnungsbauprogramm

7. Zur Stadt und Dorferneuerung wollen wir ein hessisches Wohnungsbauprogramm mit regionaler Gewichtung, um auch in dicht besiedelten Kommunen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Zerschlagung der Infrastruktur stoppen

8. Wir wollen ein politisches Aktionsprogramm, um auch in den strukturschwachen Regionen Hessens eine kommunale Dienstleistungs- und

Infrastruktur aufrechtzuerhalten und auszubauen; die Versorgung mit Waren und Post-, Bank- und Telekommunikationsinfrastruktur bzw. Breitbanddiensten muss gewährleistet werden. *Die Kommunen als Sparkassengewährträger sowie Land und Bund als größte Anteilseigner von Post und Telekom werden aufgerufen, den Raubbau an ländlicher Infrastruktur zu stoppen.*

Begründung:

Nirgendwo sind die Auswirkungen der Privatisierung von Gewinnen und der Vergesellschaftung von Kosten so deutlich wie in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Nirgendwo kann weniger Einfluss genommen werden auf gesamtgesellschaftliche Prozesse, aber nirgendwo sind deren Effekte stärker spürbar als in der kommunalen Politik. Es kommt daher nicht nur darauf an, die noch vorhandenen Spielräume zu nutzen; es muss auch eine Bewegung einsetzen ausgehend von den Kommunen, die leider nur zu häufig gegeneinander ausgespielt werden. Solidarität der Gemeinden und Regionen untereinander ist deshalb ein Kernziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Die Kommunen haben wie kaum eine andere politische Ebene unter Strukturwandel, Arbeitslosigkeit und den Folgen der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte zu leiden. Immer neue und immer kostspieligere Aufgaben bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen führen häufig zu einem hilflosen Abwägen zwischen Sozialkürzungen und der Vernachlässigung der oftmals ohnehin schon heruntergekommenen Infrastruktur. Politische Gestaltungsmöglichkeiten bestehen angesichts dessen kaum mehr; kommunale Entscheidungsfindung beschränkt sich auf die Suche nach den effizientesten Einsparmöglichkeiten. Dies wird auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern so wahrgenommen: Leistungen werden gekürzt, Gebühren steigen, Infrastruktur verfällt. In ihrer Hilflosigkeit sind die Parteien kaum noch zu unterscheiden; vielerorts führt dies zu großen Koalitionen, wenn es durch die direkt gewählten Magistratsmitglieder nicht ohnehin schon dazu kam.

Die wachsende Zahl der Probleme bei gleichzeitig unüberschaubar vielen Verwaltungs- und Entscheidungsebenen führt zu Unklarheit darüber, wo Verantwortung getragen und Entscheidungen getroffen werden. Das Stimmrecht der Bürgerinnen und Bürger wird ebenso entwertet wie die ehrenamtliche politische Arbeit der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Kommunalparlamenten.

In dieser Situation fordern wir das Land und den Bund heraus. Wir wollen Verantwortung erkennbar machen; wir wollen Druck von unten, um entscheidungs- und handlungsfähige Kommunen zu schaffen und ihnen eigenständige Politik zu ermöglichen. Wir wollen ehrenamtliche Tätigkeit durch tatsächliche Kompetenz und Verantwortung aufwerten und das kommunalpolitische Profil der SPD schärfen. Nach der verheerenden Niederlage der SPD bei den Landtagswahlen müssen wir Kompetenz in den Kommunen zeigen; wir müssen Politik vor Ort machen und politischen Druck von unten erzeugen. Wir wollen die Landesregierung vor uns her treiben.

Eine Neustrukturierung von Gebietskörperschaften in vier Regionalkreisen stärkt die Regionen in Hessen und bündelt die politischen Kräfte. Durch gleichzeitige Auflösung der Regierungspräsidien, verbunden mit mehr Kompetenzen und Finanzmitteln, werden die Kommunalparlamente in ihren

Entscheidungskompetenzen aufgewertet. Klare politische Verantwortlichkeiten machen Willensbildung und Entscheidungsfindung einfacher und führen zu mehr Demokratisierung der Kommunalpolitik.

Dem gegenüber stehen derzeit noch die Direktwahlen von Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Landräten. Wenn wir die ehrenamtliche Kommunalpolitik aufwerten wollen, brauchen die direkt gewählten hauptamtlichen Magistratsmitglieder nicht noch mehr Macht und Einfluss als es ihnen aufgrund ihrer Hauptberuflichkeit ohnehin schon zusteht. Nicht mehr Wahlen bringen mehr Demokratie, sondern mehr politische Mitbestimmung.

Die finanzielle Lage der Kommunen ist prekär. Kürzungen bei Investitionen und Sozialleistungen führen gerade im kommunalen Bereich in der Summe zu weniger Wirtschaftswachstum, damit zu mehr Arbeitslosigkeit und zu einer Verschärfung der Situation. Dieser Kreislauf muss aufgebrochen werden. Personalabbau im öffentlichen Dienst führt deshalb in die falsche Richtung.

Gerade der Bausektor ist von der hohen Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen. Wir erneuern daher unsere Forderung nach einem echten bundesfinanzierten Investitionsprogramm. Die Pläne für umfangreiche und sinnvolle und dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur und Gebäude liegen in den Kommunen seit langem vor; es fehlen lediglich die Mittel zur Umsetzung. Diese Maßnahmen würden gleichzeitig zu einer gerechten regionalen Verteilung der Mittel führen.

Das kommunale Investitionsprogramm der Bundesregierung führt nur zu noch höherer Verschuldung der Gemeinden. Da auch die Schuldenlast der Kommunalhaushalte zur gesamtstaatlichen Verschuldung dazugerechnet wird, sollte insbesondere der Bund ein Interesse an solide finanzierten Kommunalhaushalten haben.

Der Anteil der Berufspendler steigt immer weiter. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Verkehrsdichte zu Spitzenzeiten, sondern auch auf soziale Strukturen. Viele Menschen sind aus beruflichen Gründen gezwungen, ihren Lebensmittelpunkt alle paar Jahre zu verlagern. Das ist modern und entspricht dem Zeitgeist, bedeutet aber auch, dass viele nicht mehr die Möglichkeit haben, in gewohnter Weise am Gemeinwesen teilzunehmen.

Gemeinden werden mehr und mehr als Dienstleister angesehen, nicht als ein von allen Menschen gestaltetes Gemeinwesen. Mit der zunehmenden Anonymisierung sinkt die Bereitschaft, sich in Gestaltungsprozesse einzubringen.

Um dieser Entwicklung entgegen zu steuern ist eine engere Vernetzung des Lebens- und Arbeitsumfeldes notwendig. Steigende Mieten- und Grundstückspreise haben dazu geführt, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer es sich nicht leisten können, nah an ihrem Arbeitsplatz zu wohnen. Dieser Entwicklung kann nur mit der Schaffung von preiswertem Wohnraum entgegengewirkt werden.

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik steht immer die Lebensqualität. Zur Lebensqualität zählt aber auch ein Lebensumfeld, in dem es gute soziale Einrichtungen, Schulen, Kindergärten und Treffpunkte des öffentlichen Lebens gibt. Wir stehen für die Förderung dieser Einrichtungen; insbesondere die Schullaufbahn ist für den Lebensweg und die sozialen Bindungen junger Menschen entscheidend.

Kommunale Bildungspolitik hört aber nicht bei der Schulträgerschaft auf; unsere Forderung, Zentren des Wissens mit einem umfassenden Zugang zu allen Medien und Informationen zu schaffen, muss in den Kommunen ansetzen. Demokratie heißt auch Bildung, und Bildung muss erreichbar sein. Öffentliche Bildungseinrichtungen zu vernetzen kann ein erster Ansatz sein, Zentren des Wissens vor Ort zu erschaffen.